

Die politischen Parteien in der Ukraine

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1995). *Die politischen Parteien in der Ukraine*. (Berichte / BIÖst, 13-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41744>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon

0221/5747-0,

Telefax

0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung
4	
1. Die Entwicklung der Parteienlandschaft in der Ukraine
6	
2. Parteientypologie
7	
3. Charakteristik der Parteien
8	
4. Die politischen Parteien im Wahljahr 1994
18	
5. Die Rolle der Parteien im ukrainischen Parlament
18	
6. Das Reformprogramm des Präsidenten und die Parteien
19	
7. Die Parteien und die Verfassungsreform
20	
8. Die Staatsmacht und die politischen Parteien
21	
9. Die Parteien und die Gewerkschaften in der Ukraine
22	
10. Fazit	

.....
23

Summary

.....
28

27. Januar 1995

Alexander Ott

Die politischen Parteien in der Ukraine

Bericht des BIOst Nr. 13/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die politischen Veränderungen in der Ukraine stehen in krassem Gegensatz zu den wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Staatsmacht hatte keine Zeit, um die nötigen Wirtschaftsreformen durchzuführen. Das Jahr 1994 war für die Ukraine ein Superwahljahr mit Parlamentsnachwahlen, die von März bis Dezember dauerten, und Präsidentschaftswahlen im Juni/Juli als politischer Höhepunkt des Jahres. Zum ersten Mal in der Geschichte der unabhängigen Ukraine nahmen an diesen Wahlen politische Parteien teil. Das frühere Parlament - Verchovna Rada - wurde noch zu Sowjetzeiten im März 1990 gewählt, als es das Mehrparteiensystem noch nicht gab. Der zweite Präsident der unabhängigen Ukraine Kuèma hat nach einer längeren Anlaufphase eine Offensive auf breiter Front für wirtschaftliche und politische Reformen angekündigt. Um die wirtschaftliche Umgestaltung und die angekündigten radikalen Reformen durchzusetzen, möchte Kuèma dem Parlament die Erweiterung der Machtbefugnisse des Präsidenten abringen.

Ergebnisse

1. Das Mehrparteiensystem in der Ukraine entwickelte sich in drei Etappen. Die erste Etappe - Mitte der sechziger Jahre bis 1989 - ist gekennzeichnet durch illegale Tätigkeit der Ukrainischen Helsinki-Gruppe und anderer Menschenrechtsorganisationen einerseits und unbegrenzte Herrschaft einer einzigen Partei - der Kommunistischen Partei - andererseits. In die zweite Etappe (1989-1991) fallen die Entstehung der Volksbewegung für Perestrojka (RUCH), der Ukrainischen Republikanischen Partei, der Demokratischen Partei der Ukraine, der Grünen und das Verbot der KPU-KPdSU. Die dritte Etappe beginnt mit der Unabhängigkeit der Ukraine im Dezember 1991.
2. Bei den Parlamentswahlen 1994 waren die Parteien nicht imstande, die Kluft zwischen dem Osten und Westen des Landes zu verringern. Sie selbst waren nur eine Widerspiegelung dieser Gespaltenheit: die Hochburgen der Linken lagen im rußlandfreundlichen Osten und Süden, die der National-Demokraten und Rechten im nationalgesinnten Westen und in der Zentralukraine.
3. Im ukrainischen Parlament formiert sich allmählich eine antilinke demokratische Mehrheit, die aus der RUCH-Fraktion und den Abgeordnetengruppen "Reformen", "Zentrum", "Einheit", "Staatlichkeit" und der Interregionalen Deputiertengruppe besteht und über etwa 200 Mandate verfügt. Die linke Koalition, die aus der kommunistischen und sozialistischen Fraktion sowie der Abgeordnetengruppe "Agrarier" besteht, kann mit etwa 160 Stimmen rechnen.

4. Alle politischen Parteien von gesamtukrainischer Bedeutung erkennen die staatliche Unabhängigkeit des Landes an; in dieser grundlegenden Frage herrscht Konsens. Meinungsverschiedenheiten gibt es in zwei anderen Fragen, nämlich im Verhältnis zu Rußland und in der Durchführung von Marktwirtschaftsreformen. Die linken und zentristischen Parteien befürworten eine Verbesserung der Beziehungen zu Rußland und zu den anderen GUS-Staaten, die der neue ukrainische Präsident L. Kuèma anstrebt. Hier kann er ihrer Unterstützung sicher sein, nicht aber in der Frage des Übergangs zur Marktwirtschaft. Darin sehen die linken Parteien den Ausverkauf des Landes und die Verarmung des Volkes.

Die National-Demokraten haben Sicherheitsorgen; sie wollen den vorsichtigen außenpolitischen Abkoppelungskurs des früheren Präsidenten L. Kravèuk fortsetzen und größere Distanz zu Rußland halten. Gleichzeitig unterstützen sie die Reformpläne Kuèmas. Die National-Radikalen und Ultras betrachten Rußland als Hauptfeind der Ukraine und suchen immer wieder die Konfrontation mit dem großen Nachbarn. Für sie ist der Präsident, der versucht, die Beziehungen zu normalisieren, "zu prorussisch" orientiert. Damit sei er eine Gefahr für die Souveränität des Landes. Die National-Radikalen sehen in Rußland die größte Bedrohung für die Unabhängigkeit der Ukraine. Sie betreiben eine antirussische Politik. Sie treten für eine einheitlich unitarische Ukraine mit einem großen Militärpotential und starken Streitkräften ein. In der Innenpolitik lauten ihre Parolen: Dekolonisierung und Derussifizierung.

5. Der Periode zahlreicher Neugründungen folgt jetzt eine Periode der Konzentration und Zersplitterung der politischen Gruppierungen. Nachdem die Unabhängigkeit als gemeinsames Ziel erreicht wurde, befinden sich viele Parteien auf der Suche nach einem neuen Profil und neuen Verbündeten und ändern ihre Programme. Die heiße Phase des Wahlkampfes ist für die Parteien vorbei, und mit dem politischen Alltag entstehen Existenzprobleme. Die Überlebenschancen sind nicht für alle Parteien gleich: die Verminderung der Zahl der Parteien wird zur Stabilisierung des politischen Systems in der Ukraine beitragen.

1. Die Entwicklung der Parteienlandschaft in der Ukraine

Ende 1994 gab es in der Ukraine 39 politischen Parteien: 36 gesamtukrainische Parteien und 3 Krim-Parteien. Das Spektrum der Parteien umfaßt alle politischen Schattierungen, beginnend mit der großen und mächtigen KPU und SPU bis zu parteiähnlichen Organisationen wie der "Partei der Bierliebhaber" und der offiziell nicht registrierten rechtsradikalen Sozial-Nationalen Partei der Ukraine.¹ Ein Mehrparteiensystem in der Ukraine existiert wie in den anderen GUS-Republiken seit drei Jahren.² Es entwickelte sich rasch nach dem gescheiterten August-Putsch 1991 und der Erklärung der Unabhängigkeit. Ende 1991 wurden mehrere Parteien offiziell registriert. Die mächtigste Partei, die KPdSU-KPU, wurde verboten.³

Die politischen Parteien in der Ukraine haben einen sehr unterschiedlichen Ursprung und eine unterschiedliche Vorgeschichte.⁴ So sind die heutige KPU, SPU und die Bauernpartei aus der verbotenen KPdSU-KPU hervorgegangen und bestehen größtenteils aus ehemaligen KP-Mitgliedern. Die Wurzeln der anderen Parteien liegen außerhalb der KPdSU-KPU: Einige sind auf der national-demokratischen Welle als Alternative und im Kampf gegen die Alleinherrschaft der KPdSU-KPU aus einer breiten Volksbewegung hervorgegangen, andere kehrten aus dem Exil zurück. Zu den einen gehören die RUCH, die DPU und die URP, die auf Traditionen der ukrainischen Bürgerrechtsbewegung und des Dissidententums zurückblicken können und deren Führer als Menschenrechtler und Gegner des kommunistischen Regimes bekannt sind. Zu den anderen gehören der KUN und die OUN, die lange Jahre in der Emigration verbracht haben, von Exil-Ukrainern finanziert wurden und heute nationalistische Positionen vertreten.⁵

Die Bildung von Parteien geht weiter. Zwei Prozesse verlaufen hier parallel, nämlich Zersplitterung und Vereinigung. Die UKRP trat aus der URP aus, was zu einer Schwächung der URP geführt hat. Jetzt sucht die URP eine Annäherung an die DPU mit dem Ziel, eine neue Partei zu bilden.⁶

Die Sozialdemokratische Partei durchlief zweimal die Phase der Zersplitterung. Sie will zwar keine Vereinigung, aber einen Bund mit der sozialdemokratisch orientierten PDWU und dem AKU. Über eine sozialdemokratische Orientierung diskutieren jetzt ein halbes Dutzend Parteien: außer der SDPU, der PDWU und dem AKU tendieren auch die PdA, die UPdG, die PSSG und die PMR zur Sozialdemokratie.

Auch im liberalen Lager gibt es weder Eintracht noch gemeinsame Handlungen. V. Hrin'jov hat es seinerzeit abgelehnt, der LPU beizutreten. Er gründete Mitte Dezember 1994 eine eigene liberale Partei aus dem IRB, die zentristische und reformistische Positionen vertritt und eine präsidienfreundliche Partei ist.

¹ L. Lysjakova, Političeskij landsaft Ukrainy, in: Otkrytaja politika, 2, 1994, S. 34-44; Peter J. Potichnyj, Formation of Political Parties in Ukraine, Berichte des BIOst, 1, 1994.

² A.H. Sljusarenko/ M.V. Tomenko, Novi politični partiji Ukrajinny, Kiev, 1990.

³ Eberhard Schneider/ Heinz Timmermann, Das Ende der KPdSU und neue politische Kräfte in Rußland, der Ukraine und Weißrußland (I), Berichte des BIOst, 52, 1991.

⁴ O.V. Haran', Ukrajinna bahatopartijna, Kiev, 1991.

⁵ I.F. Kuras, Sučasni politični partiji ta ruchy na Ukrajinny, Kiev, 1991.

⁶ RFL/RL, Research Institute, Ukraine today, 107, 1994, S. 13-15.

Die PDWU, der AKU und die LPU erklärten Ende November 1994, daß sie eine neue politische zentristische Vereinigung bilden wollen, nämlich den "Sozial-Liberalen Block". Die kleinen Parteien UPdG und PSSG beabsichtigen inzwischen, der SDPU beizutreten und eine vereinigte Sozialdemokratische Partei zu gründen. Die rechten Parteien UNA-UNSO und UKRP befinden sich im Zustand offener Feindschaft: in L'viv kam es im Dezember 1994 zu Schlägereien zwischen den Mitgliedern dieser Parteien.

2. Parteientypologie⁷

Die in der Ukraine existierenden Parteien kann man nach ihren Programmen und Zielen sieben Blöcken zuordnen: den Linken, dem linken Zentrum, dem Zentrum, den National-Demokraten, den National-Radikalen, den Ultras und den regionalen Krim-Parteien, die etwa zwischen linkem Zentrum und Zentrum angesiedelt sind.

Die Linken:

Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)
Sozialistische Partei der Ukraine (SPU)
Bauernpartei der Ukraine (BPU)

Das linke Zentrum:

Partei der Demokratischen Wiedergeburt der Ukraine (PDWU)
Sozialdemokratische Partei der Ukraine (SDPU)
Arbeitskongreß der Ukraine (AKU)
Partei der Arbeit (PdA)
Bürgerkongreß der Ukraine (BKU)
Ukrainische Partei der Gerechtigkeit (UPdG)
Partei der Solidarität und der Sozialen Gerechtigkeit (PSSG)
Partei der Menschenrechte (PMR)
Partei des Geistigen, Wirtschaftlichen und Sozialen Fortschritts (PGWSF)

Die Krim-Parteien:

Partei der Wirtschaftlichen Wiedergeburt der Krim (PWWK)
Russische Partei der Krim (RPK)
Republikanische Partei der Krim (RepPK)

Das Zentrum und die Liberalen:

⁷ Leider können zu einigen Parteien keine detaillierten Angaben gemacht werden, weil entsprechende Informationen fehlen.

Interregionaler Reformblock (IRB)
Liberale Partei der Ukraine (LPU)
Liberaldemokratische Partei der Ukraine (LDPU)
Ukrainische Konstitutionell-Demokratische Partei (UKDP)
Die Grünen
Partei der Slavischen Einheit der Ukraine (PSEU)
Volkspartei der Ukraine (VPU)
Ukrainische Partei der Bierliebhaber (UPdB)

Die National-Demokraten:

Volksbewegung der Ukraine - RUCH
Demokratische Partei der Ukraine (DPU)
Ukrainische Republikanische Partei (URP)
Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU)
Ukrainische Christlich-Demokratische Partei (UCDP)
Ukrainische Demokratische Bauernpartei (UDBP)
Ukrainische Volksdemokratische Partei (UVDP)
Ukrainische Volkskonservative Partei (UVKP)
Ukrainische Nationale Partei (UNP)
Allukrainische Bewegung - RUCH (AB-RUCH)

Die National-Radikalen (Die Rechten):

Ukrainische Konservative Republikanische Partei (UKRP)
Kongreß der Ukrainischen Nationalisten (KUN)
Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN)

Die Ultra-Rechten:

Ukrainische Nationale Versammlung - Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (UNA-UNSO)
Ukrainische National-Konservative Partei (UNKP)
Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU)

3. Charakteristik der Parteien

1. Die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) versteht sich als Nachfolgeorganisation der 1991 verbotenen KPdSU-KPU, hat etwa 150.000 Mitglieder und ist damit die mit Abstand mitgliederstärkste Partei des Landes. Die stärksten Organisationen hat die KPU in den östlichen Industriegebieten, vor allem in Donec'k und Luhans'k. Der KPU-Vorsitzende P.Simonenko ist Parlamentsabgeordneter und Fraktionschef.

Die KPU tritt gegen die "volksfeindliche" Politik der "wilden" Privatisierung und für den Übergang zur limitierten Verteilung von Lebensmitteln ein. Gleichzeitig ist die KPU für die Gleichstellung verschiedener Formen des Eigentums, doch ohne Privateigentum an Grund und Boden, und für die Wiederherstellung der Beziehungen zu Rußland und anderen GUS-Staaten.

Die KPU ist für die Erhaltung des Rechts auf Arbeit, Erholung und Altersfürsorge, für die allgemeine kostenlose Grundschulausbildung und für andere soziale Garantien.

Die Partei ist für Zweisprachigkeit, für die Gleichstellung des Russischen mit dem Ukrainischen, für zwei Staatssprachen. Sie tritt für die ökonomische und kulturelle Autonomie der Regionen der Ukraine im Rahmen der Erhaltung der territorialen Integrität des Landes ein und setzt sich für ein Bündnis der "Brudervölker" der ehemaligen Sowjetunion ein.⁸

Die kommunistische Fraktion im Parlament kritisierte in ihrer Erklärung die Reformpläne von Präsident L. Kuèma scharf. Sein "neuer Kurs" sei nichts anderes als die Fortsetzung der volksfeindlichen, antinationalen Politik des vorigen Regimes, einer Politik, die die Ukraine in ein rückständiges, vom internationalen Kapital abhängiges Land verwandele. Liberalisierung der Preise, des Devisenhandels und kapitalistische Privatisierung bedeuten nach Meinung der KPU einen kapitalistischen Umsturz in der Ukraine. Die Almosen des IWF könnten das Land nicht retten; kein Land hätte es geschafft, mit Hilfe des IWF aus der wirtschaftlichen Rückständigkeit und Abhängigkeit herauszukommen. Rußland sei dafür das beste Beispiel.

Die KPU tritt für die Schaffung einer sozial orientierten Wirtschaft mit einer starken staatlichen Lenkung und für den Abbau von sozialen Unterschieden ein.

Das Programm der Kommunisten sieht folgendes vor:

Verbot der Zerstörung von Staatswirtschaft und Volkseigentum, möglichst schnelle Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zu den GUS-Staaten, finanzielle Unterstützung der Staatsbetriebe, Wiederherstellung des Staatsmonopols im Außenhandel, staatliche Regulierung des Devisenhandels und Kontrolle des Deviseneinkommens von Privatpersonen, Nationalisierung der Geschäftsbanken, Verbot des Umlaufs von ausländischen Währungen im Land, Erhaltung der wichtigsten sozialen Garantien - des Rechts auf Arbeit, kostenlose Ausbildung und medizinische Versorgung, erschwingliche Konsumgüterpreise und Wohnungsmieten, Verkleinerung des Staatsapparats, Einführung von außerordentlichen Gesetzen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, Wiederherstellung der Arbeitskontrolle in den Betrieben.⁹

2. Die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) wurde am 26. Oktober 1991 gegründet. Sie hat etwa 90.000 Mitglieder.

Das Ziel der Partei ist die Errichtung einer volksdemokratischen Republik als Übergangsphase zum Sozialismus mit Privateigentum und Mehrparteiensystem. Die SPU betrachtet sich nicht als linksradikale, sondern als Partei des linken Zentrums.¹⁰

⁸ Urjadovjy kur'er, 17.2.1994, S. 6.

⁹ Holos Ukrajinjy, 5.11.1994, S. 8.

¹⁰ Urjadovjy kur'er, 19.3.1994, S. 6.

Der SPU-Führer O. Moroz ist Vorsitzender der Verchovna Rada. Er tritt gegen die Einbeziehung der Ukraine in die Rubel-Zone, für die Festigung der Souveränität des Landes und für die Lösung der Krim-Krise im Rahmen der ukrainischen Verfassung ein. Moroz ist für die staatlich gelenkte Marktwirtschaft ohne Privateigentum an Grund und Boden.¹¹

Die SPU verzichtet inzwischen auf ihre frühere Forderung, der russischen Sprache den Status der Staatssprache auf dem gesamten Territorium der Ukraine zu verleihen.¹²

Vom 29.-30. Oktober 1994 fand der V. Parteitag der SPU statt, auf dem Parlamentssprecher O. Moroz einstimmig zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Er betrachtet die SPU als eine Partei mit sozialistischen Zielen und sozialdemokratischen Methoden.

Dieser Parteitag bekräftigte, daß die SPU für die Vielfalt der Eigentumsformen, für die sozial orientierte Marktwirtschaft und für das Mehrparteiensystem eintritt. Die Ansichten des Präsidenten und der SPU unterscheiden sich in der Frage der Reformtaktik. Im Unterschied zur KPU kritisiert die SPU den Präsidenten vorsichtig, ohne die Notwendigkeit der Reformen in Frage zu stellen. Nach dem Parteitag unterzeichnete die SPU ein Kommuniqué über die Bildung der Euroasiatischen Sozialistischen Internationale mit der Sozialistischen Partei der Werktätigen (Rußland), der Georgischen Sozialdemokratischen Partei, der Sozialistischen Partei Kasachstans und der Sozialistischen Partei Moldovas.¹³

3. Die Bauernpartei der Ukraine (BPU) existiert seit März 1992. Sie hat etwa 2.000 Mitglieder. Parteiführer S. Dovgan' ist Parlamentsabgeordneter und leitet die Deputiertengruppe "Agrarier der Ukraine".

Die Partei wird bestimmt von den Direktoren der Kolchosen und Sovchosen, d.h. der "Dorfnomenklatura", die der KPU sehr nahe steht. Sie tritt vehement gegen Privateigentum an Grund und Boden ein.

4. Die Partei der Demokratischen Wiedergeburt der Ukraine (PDWU) wurde auf der Basis des reformistischen Flügels der KPdSU "Demokratische Plattform" gegründet. Am 27.9.1991 wurde die PDWU offiziell registriert. Sie hat etwa 3.000 Mitglieder.

Der Parteivorsitzende V. Filenko strebt eine Umwandlung seiner Partei in eine breite politische Organisation mit linkszentristischer Orientierung an. Die Besonderheit der PDWU als Partei besteht darin, daß sie zwei Strömungen in sich vereinigt: eine sozialdemokratische und eine liberale. Ziel ist der Zusammenschluß von PDWU, (ursprünglich auch der Ukrainischen Partei der Gerechtigkeit), von Arbeitskongreß der Ukraine und von SDPU zu einer Partei, die sich auf Demokratie, Patriotismus und soziale Partnerschaft gründet und sozialdemokratische Werte vertritt. Im Parlament steht die Deputiertengruppe "Reformen" der PDWU nahe. Zusammen mit der entstehenden liberalen Partei von V. Hrin'jov könnte die vereinigte SDPU einen starken Zentristischen Block bilden.¹⁴

Im Unterschied zur europäischen Sozialdemokratie, die den Kapitalismus "sozialisiert" hat, hat

¹¹ Urjadovyj kur'er, 2.6.1994, S. 3.

¹² Segodnja, 14.10.1994.

¹³ Nezavisimaja gazeta, 2.11.1994, S. 3.

¹⁴ Kievskie vedomosti, 6.9.1994, S. 3.

die ukrainische Sozialdemokratie nach Meinung von PDWU-Führer V. Filenko eine andere Aufgabe, nämlich "die Kapitalisierung des Sozialismus".¹⁵

5. Die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (SDPU) ist zersplittert. Die neue Führung der Partei, die auf dem VII. Parteitag Anfang September 1994 gewählt wurde, lehnt einen raschen formellen Zusammenschluß mit der PDWU, insbesondere mit dem Arbeitskongreß, zu einer Partei ab. Sie zeigt sich lediglich zur Bildung eines lockeren Parteienblocks bereit. Der Vorsitzende der 3.000 Mitglieder starken Partei ist M. Zaric'kij.¹⁶

Auf dem VII. Parteitag der SDPU wurden der Volksdeputierte J. Buzdugan und seine Anhänger aus der Partei ausgeschlossen. Der Grund war die prinzipienlose Position von Buzdugan im Parlament, die die ganze Partei diskreditieren könne. J. Buzdugan nahm den Posten des Vorsitzenden der Parlamentarischen Kommission für Sozial- und Arbeitspolitik an. Diesen Posten hätte er nicht annehmen sollen, weil dadurch der falsche Eindruck entstanden ist, daß die SDPU Kommunisten und Sozialisten im Parlament unterstützen wolle.

J. Buzdugan erkannte diesen Beschluß des Parteitags nicht an und erklärte die Gründung seiner eigenen Partei aus der linken Fraktion der SDPU, die aus ehemaligen Mitgliedern der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei bestand, bevor sie sich 1992 mit der SDPU vereinigte.

Die "Linken" in der Partei sind Anhänger einer föderativen Ukraine mit Orientierung auf die GUS; sie benutzen oft sozialistische Phrasen. In der SDPU waren sie in der Minderheit.¹⁷

6. Der Arbeitskongreß der Ukraine (AKU) steht der PDWU nahe. Zusammen mit dieser Partei strebt er die Bildung einer starken vereinten sozialdemokratischen Partei an.

Der AKU, dessen Vorsitzender A. Matvienko ist, tritt für eine sozial orientierte Marktwirtschaft und Demokratie ein. In der heutigen Übergangsperiode sieht der AKU seine Aufgabe darin, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, vor allem die des hochqualifizierten Teils der Arbeiterklasse. Wie die PDWU vertritt der AKU die Positionen der sozialen Partnerschaft und der Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum bei gleichzeitiger Unterstützung der Reformen.

7. Die Partei der Arbeit (PdA) existiert seit Januar 1993 und hat 400 Mitglieder.

Sie ist die Partei der "roten Direktoren". Parteiführer V. Landik hat auf dem Parteitag im November 1994 einen neuen Kurs vorgeschlagen, nämlich den Kurs der Liberalisierung, Privatisierung und Stabilisierung der Wirtschaft. Die ehemaligen "roten Direktoren" haben am Beispiel Rußlands verstanden, daß die "Privatisierung" in ihrem ureigenen Interesse liegt. Die Partei unterstützte den Reformplan des Präsidenten. Die PdA tritt für die Einführung der russischen Sprache als offizielle Sprache ein. Die Mitglieder der PdA im Parlament gehören der Interregionalen Deputiertengruppe an.¹⁸

8. Der Bürgerkongreß der Ukraine (BKU) bezeichnet sich als linkszentristische Partei. Er hat 18 Gebietsorganisationen. Besonders stark ist der BKU in vielen östlichen Regionalräten von

¹⁵ Kievskie vedomosti, 4.8.1994, S. 3.

¹⁶ Kievskie vedomosti, 7.9.1994, S. 3.

¹⁷ RFE/RL, Research Institute, Ukraine today, 122, 1994, S. 16-18.

¹⁸ Kievskie vedomosti, 25.11.1994, S. 3.

Charkiv, Luhans'k und Donec'k vertreten. Der Vorsitzende des BKU V. Mešëerjakov ist stellvertretender Vorsitzender der Gebietsrada von Charkiv.

Der BKU gilt als "prorussische Partei", weil er die Ukraine als föderativen Staat sieht, der eng mit Rußland verbunden ist. Der BKU tritt für die Gleichstellung aller in der Ukraine existierenden Sprachen und Kulturen ein. Die russische Sprache soll dabei als zweite Staatssprache eingeführt werden. Der BKU, der für eine sozial orientierte Reformpolitik plädiert, wird von den "roten Direktoren" in den Industriegebieten des Ostens in bedeutendem Maß unterstützt.

9. Vorsitzender der Ukrainischen Partei der Gerechtigkeit (UPdG) ist M. Greëko. Die Partei kämpft für soziale Staatsgarantien, die Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung und gegen jegliche Form von Diskriminierung.¹⁹
10. Partei der Solidarität und der Sozialen Gerechtigkeit (PSSG)
11. Partei der Menschenrechte (PMR). Vorsitzender ist V. Onopenko.
12. Die Partei des Geistigen, Wirtschaftlichen und Sozialen Fortschritts (PGWSF) und ihr Vorsitzender I. Burdak treten für die Reformierung von staatlichen Machtstrukturen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, als Vorbedingung für die Durchführung der Reformen ein.²⁰
13. Die Partei der Wirtschaftlichen Wiedergeburt der Krim (PWWK) wurde im März 1993 vom Justizministerium offiziell registriert. Sie vertritt radikalreformistische Kräfte, die an der Bildung einer freien Wirtschaftszone auf der Krim interessiert sind.

Parteichef ist V. Ševcov. Die Partei stellt die Zugehörigkeit der Krim als autonome Republik zur Ukraine nicht in Frage, strebt aber eine engere Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Rußland an.
14. Die Russische Partei der Krim (RPK) sieht sich als Verteidigerin der russischen Nation auf der Halbinsel Krim und tritt für ein Referendum ein, das über das Schicksal der Halbinsel entscheiden soll. Das Ziel der Partei ist die Rückkehr der Krim in die Russische Föderation als autonome Republik.²¹
15. Die Republikanische Partei der Krim (RepPK) und ihr Vorsitzender, der Parlamentspräsident der Krim S. Cekov, wollen nicht nur die Wiedervereinigung der Halbinsel mit Rußland, sondern der ganzen Ukraine. Die Partei ist in zwei Lager gespalten: das eine Lager unterstützt den Krim-Präsidenten J. Meškov, das andere Lager nimmt ihm gegenüber eine feindliche Haltung ein.
16. Der Interregionale Reformblock (IRB) wurde vom Berater des Präsidenten in Fragen der Regionalpolitik, V. Hrin'jov, im Dezember 1994 als Partei gegründet. Das frühere Mitglied der "Demokratischen Plattform" in der KPdSU und spätere Mitglied der PDWU, Hrin'jov, wurde auch zum Vorsitzenden des IRB gewählt. Zusammen mit L. Kuëma leitete er vor einem Jahr den liberalen Interregionalen Reformblock (IRB). Die neue Partei, die schon über 19 regionale

¹⁹ Vseukrainskie vedomosti, 25.10.1994, S. 3.

²⁰ Kievskie vedomosti, 6.9.1994, S. 3.

²¹ Nezavisimaja gazeta, 16.11.1994, S. 3.

Organisationen verfügt, will zu einer Stütze der Reformpolitik des neuen Präsidenten werden und auf der liberalen Seite stehen.²²

Das Parteiprogramm, das die Priorität des Privateigentums, die rechtliche Unterstützung des Unternehmertums und die Unantastbarkeit der Menschenrechte unterstreicht, stimmt mit den am 12. Oktober 1994 angekündigten Reformplänen des Präsidenten überein. Viele unabhängige Unternehmer wollen der neuen Partei beitreten.²³

17. Die Liberale Partei der Ukraine (LPU) existiert seit Oktober 1991 und hat etwa 14.000 Mitglieder.

Die LPU stellt die Menschenrechte und Bürgerfreiheiten über die Rechte der Nationen, Klassen und verschiedenen Konfessionen. Die Partei setzt sich für die Dezentralisierung der Staatsmacht, Gleichstellung der verschiedenen Eigentumsformen, Entwicklung des Unternehmertums und Schaffung von günstigen Bedingungen für westliche Investitionen ein.

Sie befindet sich in einer tiefen Krise: der Präsident der Partei I. Markulov ist spurlos verschwunden. Die ukrainische Staatsanwaltschaft fahndet nach ihm. Angeblich ist er in Bestechungsaffären und Machenschaften der Zvjahil's'kij-Regierung verwickelt. Ende Januar 1995 soll der Parteitag einen neuen Parteipräsidenten wählen.

18. Die Liberaldemokratische Partei der Ukraine (LDPU) wurde im Juli 1992 offiziell registriert. Führer der Partei, die etwa 1.000 Mitglieder hat, ist V. Klimèuk.

Die LDPU tritt für die national-kulturelle Autonomie und die freie Entwicklung von Sprache und Kultur aller nationalen Minderheiten ein.

19. Ukrainische Konstitutionell-Demokratische Partei (UKDP)

UKDP-Führer ist V. Zolotar'jov.

20. Die Grünen, deren Parteivorsitzender V. Kononov ist, wollen die Ausarbeitung und Annahme der neuen Verfassung der Ukraine beschleunigen und sammeln Unterschriften für ein Referendum und die Bildung einer Verfassungsgebenden Versammlung.²⁴

Als Partei wurden die Grünen im Mai 1991 registriert. Heute haben sie etwa 4.000 Mitglieder.

21. Die Volkspartei der Ukraine (VPU) wurde am 20.8.1991 offiziell registriert und hat etwa 4.000 Mitglieder. Parteiführer ist L. Taburjans'kij.

22. Die Partei der Slavischen Einheit der Ukraine (PSEU) tritt wie der Bürgerkongreß der Ukraine für die doppelte Staatsbürgerschaft und gegen die Zwangsukrainisierung ein.

23. Die Ukrainische Partei der Bierliebhaber (UPBL) wurde im Dezember 1992 offiziell registriert. Sie hat etwa 1.000 Mitglieder. Die Partei ist verurteilt jegliche Form von Diskriminierung. Sie gesteht den Menschenrechten höchste Priorität zu.

Ihr Parteiführer ist V. Jermakov.

²² Kievskie vedomosti, 20.12.1994, S. 3.

²³ Kievskie vedomosti, 26.10.1994, S. 3.

²⁴ Kievskie vedomosti, 7.10.1994, S. 3.

24. Die Volksbewegung der Ukraine - RUCH - wurde im September 1989 als breite demokratische Bewegung für die Perestrojka gegründet und spielte die Hauptrolle im Demokratisierungsprozeß 1989-1991. Bei den ersten Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 1991 bekam RUCH-Führer V. Èornovil 23 Prozent der Stimmen. Das war der Höhepunkt an Popularität und Einfluß der RUCH. Seitdem ist die Popularität der RUCH-Partei stark gesunken.

RUCH setzt sich für eine umfassende Privatisierung der Kleinbetriebe, für die Unterstützung des Unternehmertums und für Privateigentum an Grund und Boden ein. RUCH bevorzugt das parlamentarische System, in dem der Präsident nicht zugleich Ministerpräsident ist. Die Exekutive soll dem Parlament untergeordnet sein.

Die Wiedergeburt der ukrainischen Kultur, Tradition und Sprache ist für RUCH eines der Hauptziele. Als führende national-demokratische Partei der Ukraine verurteilt RUCH jede Form nationaler und religiöser Diskriminierung und unterstützt nationale Minderheiten.

RUCH-Vorsitzender V. Èornovil ist Parlamentsabgeordneter und Fraktionschef. Die Partei hat etwa 60.000 Mitglieder.²⁵

25. Die Demokratische Partei der Ukraine (DPU) wurde am 22. September 1990 als Zentristische Partei gegründet und am 28.6.1991 vom Justizministerium der Ukraine offiziell registriert. Ihr Ziel ist eine unabhängige, demokratische Ukraine mit sozialer Marktwirtschaft.

Den Grund der heutigen Krise sieht die DPU in der kolonialen Abhängigkeit der Ukraine von Rußland. Einen Ausweg aus der Krise sieht die DPU in der Demonopolisierung, Privatisierung der Wirtschaft und der Stabilisierung der Finanzen. Die DPU tritt für die strenge Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative ein.

Die Ukraine als großer europäischer Staat soll die einseitige Orientierung auf Rußland überwinden.

Vorsitzender der Partei ist Parlamentsmitglied V. Javorivs'kij. Die Partei hat 3.000 Mitglieder (April 1993).²⁶

26. Die Ukrainische Republikanische Partei (URP) ist aus der Bürgerrechtsbewegung hervorgegangen. Sie wurde im Frühjahr 1990 gegründet. Sie hat 15.000 Mitglieder (Mai 1994). Die größten Organisationen hat die URP in den westlichen Gebieten des Landes, und zwar in L'viv, Ternopil', Ivano-Frankivs'k und Kiev. Die URP gibt acht Zeitungen und zwei Zeitschriften heraus. Bei den Parlamentswahlen unterlag URP-Führer M. Horin' seinem Rivalen aus der UKRP S. Hmara, wurde aber zum Vorsitzenden des Gebietsrates in L'viv gewählt. Ehrenvorsitzender der Partei ist der ehemalige Dissident L. Luk'janenko, der viele Jahre in sowjetischen Gefängnissen verbracht hat.

Offiziell wurde die URP vom Justizministerium am 5.11.1990 als erste Partei der unabhängigen Ukraine registriert. Die URP ist die Partei des rechten Zentrums der national-demokratischen Bewegung.²⁷ Die Ideologie der URP stützt sich auf drei republikanische Prinzipien: staatliche

²⁵ Urjadovjy kur'er, 20.1.1994, S. 6.

²⁶ Urjadovjy kur'er, 20.1.1994, S. 6.

²⁷ RFL/RL, Research Institute, Ukraine today, 133, 1994, S. 10-12.

Stabilität und Demokratie, Marktwirtschaft und nationale Größe der Ukraine. Die URP ist für Privatisierung und Reformen, die zur Marktwirtschaft führen.

Die URP unterstützt das Reformprogramm von Präsident L. Kuèma und distanziert sich von Links- und Rechtsradikalen.²⁸

Im Parlament ist die URP mit elf Deputierten vertreten.

Die URP unterstützt eine Umorientierung der Außenpolitik von Osten nach Westen und Süden ein und verurteilt die Versuche der prokommunistischen Kräfte, die Ukraine zu einer euroasiatischen Orientierung zu bewegen.²⁹

URP und DPU beabsichtigen, ihre Organisationen zusammenzuschließen. Auf einer gemeinsamen Sitzung der Führung der URP und des Präsidiums der DPU wurde beschlossen, Gebietspartei Konferenzen mit dem Ziel durchzuführen, die Stimmung der Parteibasis in der Vereinigungsfrage zu erkunden.

Nach Meinung von URP-Führer M. Horin' müssen sich nicht zwei, sondern drei oder vier Parteien national-demokratischer Orientierung zu einer starken politischen Kraft zusammenschließen.³⁰

Die URP begrüßte den Wahlerfolg des ehemaligen Präsidenten L. Kravèuk, der bei den Parlamentsstichwahlen im September 1994 zum Deputierten gewählt wurde. Diesen Sieg betrachtet sie als eine Etappe zur Konsolidierung der Nation.³¹

Vom 10. bis 11. September 1994 fand der V. Parteitag der URP statt. Die 603 Delegierten verabschiedeten eine Resolution, die das Hegemoniestreben Rußlands gegenüber der Ukraine scharf verurteilt. Die URP verurteilt auch den zukünftigen Freundschaftsvertrag mit Rußland, der die ukrainische Souveränität bedroht. Negativ bewertet die Partei die jüngsten Ernennungen des Präsidenten und bedauert, daß in der Regierung keine National-Demokraten vertreten sind.

27. Die Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU) tritt für eine baldige Unterzeichnung des Vertrages mit Rußland ein, solange dort Demokraten an der Macht sind, die die Unabhängigkeit der Ukraine anerkennen. Sie fordert Marktwirtschaftsreformen und Demokratie, Privateigentum und eine Präsidialrepublik, Autonomie und Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, Zusammenarbeit aller Konfessionen in der Ukraine, engste Beziehungen sowohl zum Westen als auch zu Rußland. Gleichzeitig ist die CDPU gegen die Wiederherstellung des kommunistischen Regimes und der Sowjetunion, gegen die Mitgliedschaft der Ukraine in der Militärorganisation der GUS und die Teilnahme an Befriedungsmissionen bei lokalen Konflikten.

Parteivorsitzender ist V. Žuravs'kij.

Die CDPU wurde am 23.11.1992 vom Justizministerium offiziell registriert und hat heute 12.000 Mitglieder unterschiedlicher Konfession (Dezember 1994). Die CDPU hat Regio-

²⁸ Urjadovjy kur'er, 29.1.1994, S. 4.

²⁹ Kievskie vedomosti, 16.8.1994, S. 3.

³⁰ Veèernij Kiev, 10.9.1994, S. 1.

³¹ Kievskie vedomosti, 29.9.1994, S. 3.

nalorganisationen in 17 Gebieten. Im Parlament ist sie mit fünf Abgeordneten vertreten, die der Deputiertengruppe "Reformen" angehören.³²

28. Die Ukrainische Christlich-Demokratische Partei (UCDP) wurde am 14.11.1991 offiziell registriert. Sie hat etwa 1.000 Mitglieder.

Parteichef ist V. Siëko.

29. Die Ukrainische Demokratische Bauernpartei (UDBP) wurde am 15.1.1991 offiziell registriert und hat etwa 4.000 Mitglieder. Als die für die Ukraine geeignetste Staatsform sieht die UDBP die Präsidialrepublik an. Ziel der Partei ist die Errichtung eines "Volkskapitalismus" in der Ukraine mit unterschiedlichen Eigentumsformen. Den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus betrachtet die Partei als eines ihrer Hauptziele.

Parteiführer ist S. Plaëinda.

30. Ukrainische Volksdemokratische Partei (UVDP)

31. Die Ukrainische Volkskonservative Partei (UVKP) wurde im Oktober 1992 gegründet.

Parteichef ist V. Radionov. Sie hat etwa 1.000 Mitglieder.

32. Ukrainische Nationale Partei (UNP)

33. Allukrainische Bewegung - RUCH (AB-RUCH)

34. Die Ukrainische Konservative Republikanische Partei (UKRP) ging im Juni 1992 aus Protest gegen die angebliche "Bevormundung" der URP durch die kommunistische Nomenklatura aus der URP hervor.

Parteichef ist S. Hmara. Sie hat etwa 3.000 Mitglieder.

Die UKRP unterstützt alles, damit das ukrainische Volk alleiniger Herrscher auf ukrainischem Boden wird. Die UKRP will zur Selbstverwirklichung des "großen ukrainischen Volkes" beitragen und auf den historischen, geistig-kulturellen Traditionen aufbauen.

Die UKRP tritt für die "Nationale Diktatur" ein, die in der Übergangsperiode die "Nationale Revolution" beenden soll. Nach der "Nationalen Revolution" soll ein Nationalstaat entstehen. Die Ukraine soll ein unitarischer Staat mit einer starken Zentralmacht werden. Als beste Staatsform wird eine parlamentarische Republik mit einer starken Regierung angesehen.

35. Der Kongreß der Ukrainischen Nationalisten (KUN) wurde 1992 in der Ukraine offiziell als politische Partei registriert. Nach eigenen Angaben hat er etwa 50.000 Mitglieder. Der KUN versteht sich als Nachfolgepartei der "Organisation der ukrainischen Nationalisten", die sich zu UdSSR-Zeiten in der Emigration befand. Gründer der Partei ist S. Bandera. Die heutige Parteichefin J. Stec'ko ist vor zwei Jahren aus der Emigration zurückgekehrt.

Ziel der Partei ist es, die Ukraine durch vollständige Dekollektivierung der Landwirtschaft und durch die Befreiung des Landes von der imperialen Macht Rußlands in einen modernen Staat zu verwandeln. Der KUN ist für die Unverletzlichkeit der Grenzen, für die territoriale Integrität der

³² Kievskie vedomosti, 4.10.1994, S. 3.

Ukraine und für eine professionelle Armee mit moderner Technik und Atomwaffen. Die KUN-Abgeordneten im Parlament fordern die Aufhebung der Krim-Autonomie und die Umwandlung der Ukraine in einen unitarischen Staat.³³

Auf dem letzten Parteitag hat der KUN sein Motto "die Ukraine den Ukrainern" durch das Motto "die Ukraine für die Bürger aller Nationalitäten, die in der Ukraine leben", ersetzt.³⁴

36. Die Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) steht ideologisch dem KUN nahe. Sie wurde 1929 in Wien begründet. Jahrzehntlang war sie Sammelbecken für die ukrainischen Nationalisten im Exil.

37. Die Ukrainische Nationale Versammlung - Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (UNA-UNSO) ist eine rechtsextreme Organisation, die drei Mandate im Parlament besitzt. Parteivorsitzender O. Vitoviè ist Parlamentsmitglied. Ende Dezember 1994 wurde sie offiziell als legale Partei vom Justizministerium registriert.

Die UNA ist eine politische Organisation; die UNSO eine militante, paramilitärische Struktur, die der UNA untergeordnet ist. UNSO-Kämpfer nahmen 1993 im georgisch-abchasischen Krieg gegen den "russischen Imperialismus" auf georgischer Seite teil. Angeblich sind etwa 200 bewaffnete UNSO-Mitglieder in Tschetschenien, um Dudaev zu unterstützen.

Die UNA-UNSO vertritt nationalistische, antirussische Positionen, träumt von einer Groß-ukraine und ist nicht zu Kompromissen bereit.

Sie ist nicht nur im Parlament in der Opposition, sondern auch gegenüber dem Präsidenten, der für gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Rußland eintritt.

Die UNA-UNSO-Abgeordneten im Parlament kritisierten die Programmrede von Kuèma scharf und betrachten sowohl die Zusammenarbeit mit Rußland als auch den IWF-Plan als Bedrohung für die Staatlichkeit der Ukraine. Die Forderungen des IWF würden zur Zerstörung und Vernichtung ganzer Zweige der ukrainischen Wirtschaft (z.B. Atomenergie) führen und die Unabhängigkeit des Landes gefährden.³⁵

Am 16. November 1994 stimmten die UNA-UNSO-Abgeordneten im Parlament gegen den Beitritt der Ukraine zum Atomwaffensperrvertrag, denn ihrer Ansicht nach seien die Atomwaffen für die Unabhängigkeit des Landes unentbehrlich.

38. Ukrainische National-Konservative Partei (UNKP)

39. Die Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU) ist offiziell nicht registriert. Als radikal-nationalistische Partei verfügt sie im Westen der Ukraine über eigene paramilitärische Kampfverbände.

³³ Urjadovyj kur'er, 3.3.1994, S. 6.

³⁴ Kievskie vedomosti, 14.9.1994, S. 3.

³⁵ Kievskie vedomosti, 3.11.1994, S. 3.

4. Die politischen Parteien im Wahljahr 1994

Die Resultate der Parlamentswahlen im Frühjahr 1994 haben deutlich gezeigt, daß praktisch alle ukrainischen Parteien Regionalparteien sind. Es gibt keine einzige Partei, die in allen Gebieten oder Teilen des Landes bei den Wahlen erfolgreich war. Die linken Parteien KPU, SPU und BPU haben im Westen des Landes fast keine Anhänger. Die rechten Parteien KUN, UKRP und UNA-UNSO und sogar die National-Demokraten Ruch, DPU, URP und CDP sind im Osten der Ukraine erfolglos. Die Parteien des linken Zentrums PdA, PDWU, SDPU und BKU konnten nur punktuell in einzelnen Gebieten ihre Kandidaten durchsetzen.

Die Wähler haben dabei oft nicht für irgendeine politische Partei votiert (das Parlament wurde nicht nach Parteilisten gewählt), sondern für eine populäre Persönlichkeit, die ihnen bekannt ist, und die ihr Vertrauen genießt. Die Parteizugehörigkeit war dabei unwesentlich. Im ukrainischen Parlament ist deshalb mehr als die Hälfte der Abgeordneten parteilos. Die Wählerschaft insgesamt und der einzelne Wähler kennen die politischen Programme der Parteien kaum und können unter ihnen oft nicht unterscheiden. Das ist in der Tat schwer. Die Grenzen zwischen den Parteien einer politischen Strömung sind fließend und die Parteinamen oft zum Verwechseln ähnlich (z.B. Christlich-Demokratische Partei der Ukraine und Ukrainische Christlich-Demokratische Partei oder Partei der Arbeit und Arbeitskongreß der Ukraine oder Volkspartei der Ukraine und Ukrainische Nationale Partei usw.) Das ist einer der Gründe, warum viele Parteien jetzt Fusionspläne schmieden. Ein populärer Parteiführer bringt mehr Stimmen als ein Dutzend gute politische Programme. Viele kleine politische Parteien sind nichts anderes als eine Art Diskussionsklub der Intellektuellen, die jeder festen Struktur und Organisation entbehren. Ohne Autorität sind diese Splitterparteien nicht imstande, eine selbständige Rolle in der Politik zu spielen. Die Parteien und Gruppierungen, die bei den Parlamentswahlen keine oder nur wenige Mandate errungen haben, sind praktisch aus dem politischen Prozeß ausgeschieden und suchen jetzt Anschluß an stärkere Parteien.

5. Die Rolle der Parteien im ukrainischen Parlament

Im ukrainischen Parlament (Verchovna Rada) sind 14 Parteien vertreten. Nur drei von ihnen bilden eigene Fraktionen: die KPU, SPU und RUCH. Der Fraktion "Kommunisten der Ukraine für soziale Gerechtigkeit und Volksmacht (Narodo vladnja)" gehören 91 Abgeordnete an (davon 90 KPU-Mitglieder); der sozialistischen Fraktion 31 (15 SPU-Mitglieder) und der Fraktion RUCH 27 Abgeordnete (20 RUCH-Mitglieder). Außer diesen drei Fraktionen gibt es im Parlament sechs Deputiertengruppen: das "Zentrum" (38 Abgeordnete, davon 1 DPU-Mitglied), die "Agrarier der Ukraine" (36 Abgeordnete, davon 19 BPU-Mitglieder), "Reformen" (31, davon 2 PDWU-, 5 CDPU-Mitglieder), "Einheit" (37, davon 1 PDWU-, 2 BKU-Mitglieder), "Staatlichkeit" (28, davon 1 DPU-, 11 URP-, 3 KUN-Mitglieder) und die "Interregionale Deputiertengruppe" IDG (33, 1 SDPU-, 4 PdA-Mitglieder). 43 Abgeordnete haben sich keiner Fraktion oder Parlamentsgruppe angeschlossen (davon 1 SDPU-, 2 KUN-, 2 UKRP-, 2 UNA-UNSO-Mitglieder). Die Mitgliederzahl der Fraktionen und Abgeordnetengruppen im Parlament ändert sich ständig, weil viele parteilose Deputierte unentschlossen sind. Oft genug suchen sich die Parteimitglieder nicht nur eine neue Fraktion,

sondern auch eine neue Partei.³⁶

Von den Vorsitzenden der 23 ständigen Parlamentarischen Kommissionen gehören sechs der kommunistischen Fraktion an (Staatsbildung, Rätetätigkeit und örtliche Selbstverwaltung; Energetik, Transport und Kommunikation; Außenpolitik und GUS-Verhältnisse; Jugend, Sport und Tourismus; Cernobyl'-Katastrophe; Gesetzliche Absicherung der Informationspolitik und Massenmedien), ein Vorsitzender der sozialistischen Fraktion (Verteidigung und Nationale Sicherheit), zwei Vorsitzende der RUCH-Fraktion (Ökologie; Kultur), drei Vorsitzende der Deputiertengruppe "Agrarier der Ukraine" (Gesetzgebung und Gerichts- und Rechtsreform; Finanzen und Banken; Landwirtschaft, Bodenressourcen und soziale Fragen auf dem Land), vier Vorsitzende dem "Zentrum" (Gesundheitsschutz, Frauen- und Familienfragen; sozial-ökonomische Regionalentwicklung; Menschenrechte und Nationalitätenfragen; Abgeordnetenethik und Gewährleistung der Deputiertentätigkeit), ein Vorsitzender den "Reformen" (Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption), zwei Vorsitzende der "Einheit" (Wirtschaftspolitik und Staatseigentumsverwaltung; Staats- und Rechtsordnung), ein Vorsitzender der "Staatlichkeit" (Atompolitik und Sicherheit von Atomkraftwerken), zwei Vorsitzende der "Interregionalen Deputiertengruppe" (Budget; Bildung und Wissenschaft). Eine Kommission für Arbeits- und Sozialpolitik leitet der SDPU-Führer J. Buzdugan, der sich keiner Fraktion oder Deputiertengruppe zugeordnet hat.

6. Das Reformprogramm des Präsidenten und die Parteien

In der Frage des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft wird der Präsident von den Zentristen und National-Demokraten unterstützt. Am 20. Oktober 1994 hat die Mehrheit der Abgeordneten für das Reformprogramm des Präsidenten gestimmt und am 8. Dezember den Privatisierungsstopp aufgehoben.³⁷ Scharfe Kritik am Reformplan des Präsidenten üben nicht nur die Kommunisten, die die "Kapitalisierung des Landes" befürchten, sondern auch die Organisation der UNA-UNSO, für die Kuèma zu "rußlandfreundlich" ist. Beide Richtungen der Opposition stimmen in ihrer Kritik an den Reformschritten des Präsidenten überein: Gegensätze ziehen sich an. Die Kommunisten und die UNA-UNSO sprechen vom "Ausverkauf" des Landes, von "volksfeindlichen" Plänen, vom "Verrat" der nationalen Interessen und von völliger Abhängigkeit vom IWF.

Parallel zur Diskussion über die Reformpläne des Präsidenten fand eine heftige Auseinandersetzung über das seit drei Jahren bestehende Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine im Parlament statt. Auf Antrag der kommunistischen Fraktion hob das Parlament am 18. Oktober 1994 dieses Verbot mit 201 gegen 105 Stimmen bei 32 Enthaltungen auf. Die Proteste wegen der Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung führten zur Weigerung des Parlamentsvorsitzenden O.Moroz, den Aufhebungsbeschluß zu unterzeichnen. Am 10. November befaßte sich das Parlament erneut mit der Aufhebung des KPU-KPdSU-Verbots. Es wurde zweimal abgestimmt. Im zweiten Anlauf bei der namentlichen Abstimmung verfehlte der Aufhebungsantrag die erforderliche Mehrheit nur knapp: 189 stimmten für die Aufhebung des Verbots, 49 dagegen, 14 enthielten sich der Stimme.

³⁶ RFL/RL, Research Institute, Ukraine today, 5, 1994, S. 6-8.

³⁷ Oleksa Pidluzkyi, Präsident Kutschmas "Neue Ökonomische Politik", in: Ukraine Report, November 1994, S. 4-5.

45 Abgeordnete verweigerten die Abstimmung.

Im Unterschied zu Rußland gibt es in der Ukraine keine "unversöhnliche" Opposition zum Präsidenten, die außerhalb des Parlaments tätig wäre: die Linken und die Nationalisten bilden im Parlament die eher gemäßigte Opposition zum Präsidentenkurs. Sie benutzen eine andere Terminologie als ihre rußländischen "Kollegen" (ohne Schimpfworte wie "Faschist", "Judas", "Okkupationsregime") und haben offensichtlich nicht die Absicht, Massenunruhen und Aufstände zu initiieren. Die Parteien sind im großen und ganzen konstruktiv; sie suchen keine Konfrontation, sondern die Zusammenarbeit mit der Macht.

Das Zentrum aus National-Demokraten, Sozialdemokraten und Liberalen unterstützt die Bemühungen des Präsidenten, das Land auf den Weg zur Marktwirtschaft zu bringen. Die ukrainischen Rechtsradikalen betrachten nicht nur Rußland als aktuelle gegenwärtige Bedrohung der Souveränität des Landes, sondern auch den Westen, der eine potentielle Gefahr für die Ukraine darstellt. Die Ablehnung des Westens ist auch für die ukrainischen Kommunisten typisch. Dabei betrachten sie Rußland nicht als Bedrohung, sondern als Partner und engsten Nachbarn, mit dem die Ukraine viel verbindet. Sie treten für gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Rußland ein, nicht aber für die Aufhebung der ukrainischen Staatlichkeit oder gar einen Anschluß an Rußland. Zurück ins Reich wollen sie nicht. Die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine sind auch für die ukrainischen Kommunisten unantastbar.³⁸ Keine politische Kraft stellt heute die Staatlichkeit der Ukraine in Frage. Sogar auf der Krim will die prorussische Partei RPK nur den Anschluß der Halbinsel an Rußland, nicht den der ganzen Ukraine. (Ausnahme: die RepPK.)

Da die führenden politischen Parteien regional verwurzelt sind und praktisch die verschiedenen Teile des Landes vertreten, bemüht sich Präsident Kuèma darum, überparteilich zu bleiben, um das ganze ukrainische Volk zu repräsentieren. Kuèma wird auch zur künftigen liberalen Partei von Hrin'jov Distanz halten, obwohl sich diese als "Präsidentenpartei" versteht.

7. Die Parteien und die Verfassungsreform

Das Kräfteverhältnis zwischen Parlament und Präsident ist für die Ukraine von zentraler Bedeutung. Das abschreckende Beispiel Rußlands im Oktober 1993 ist gegenwärtig. Der ukrainische Präsident wird wahrscheinlich im Unterschied zu seinem rußländischen Kollegen den Obersten Sowjet (Verchovna Rada) nicht gewaltsam auflösen. Diese Konfrontation könnte die Souveränität des Landes bedrohen und die Existenz des Staates in Frage stellen. Deshalb bemühen sich beide Seiten, die Spannungen zu überwinden und Kompromisse zu finden. Da die schnelle Annahme einer neuen Verfassung durch dieses Parlament sehr unwahrscheinlich ist, schlug L. Kuèma Anfang Dezember 1994 dem Parlament eine sogenannte "kleine Verfassung" als Gesetz vor, das klare Verhältnisse zwischen Exekutive und Legislative schaffen und die Vollmachten des Präsidenten als Staatsoberhaupt wesentlich erweitern soll. Diesem Vorschlag zufolge hat der Präsident das verfassungsmäßige Recht, die Regierung zu bilden und Regierungsverantwortung zu tragen. Damit soll das Machtvakuum in der Ukraine auch de jure beseitigt werden. Schon im August 1994 unterstellte sich Kuèma die Regierung per Erlaß. Nach diesem Erlaß bestimmt der Präsident der

³⁸ A.K. Tolpygo, Ukrainskie političeskie ideologii, in: Političeskie issledovanija, 1, 1994, S. 113-120.

Ukraine und nicht der dem Parlament unterstellte Premierminister, Altkommunist V. Masol, die Richtlinien der Politik. Die Regierung selbst ist nicht mehr dem Parlament, sondern dem Präsidenten unterstellt.

Der Entwurf des Gesetzes "Über Staatsmacht und Regionale Selbstverwaltung", der in der Zeitung "Pravda Ukrainy" am 3. Dezember 1994 veröffentlicht wurde, begrenzt die Allmacht der Räte (Sowjets) und stärkt die Exekutive. Der Kernpunkt des Gesetzes ist die Abschaffung der Regionalräte auf der Gebiets- und Bezirksebene und die Transformation der übrigen Räte in lokale Selbstverwaltungsorgane. Dieses Gesetz soll nach Absicht des Präsidenten ein erster Schritt auf dem Weg zur umfangreichen Verfassungsreform werden und die Voraussetzungen für die Durchsetzung von Marktwirtschaftsreformen schaffen. Für die Annahme dieses Gesetzes braucht der Präsident allerdings eine Zweidrittelmehrheit im Parlament (also 300 Stimmen von formal 450, real 405), was sehr problematisch erscheint, weil die Kommunisten und Sozialisten, die im Parlament über 120 Stimmen verfügen, gegen die Liquidierung der Räte sind. Eine andere Möglichkeit, das Gesetz durchzubringen, wäre ein Referendum, wofür drei Millionen Unterschriften gesammelt werden müßten. Die Situation spitzt sich auch deshalb zu, weil parallel zum Präsidentenentwurf, der von der Präsidentenadministration erarbeitet wurde, den Abgeordneten ein Gesetzentwurf "Über die Regionalräte" vorliegt, der von der Parlamentarischen Kommission eingebracht wurde. Diese beiden Dokumente schließen sich gegenseitig aus. Das Parlament ist in einer schwierigen Lage: Die Abgeordnetengruppen IDG, "Reformen", "Zentrum", "Einheit", "Staatlichkeit" und RUCH-Fraktion unterstützen den Präsidentenentwurf mit Einschränkungen. Die kommunistische und sozialistische Fraktion befinden sich in Opposition zu diesem Projekt. Die Agrarier haben ihre Position noch nicht definiert. Am 28. Dezember wurde Kuèmas Entwurf mit 220 gegen 109 Stimmen in erster Lesung vom Parlament angenommen. Das war der erste Schritt zur Verfassungsreform.

Noch im September 1994 einigten sich der Präsident und der Parlamentsvorsitzende in der Frage der Bildung einer Kommission, die die neue Verfassung vorbereiten soll. Zwei Monate später, im November, hat diese Verfassungskommission, die aus 41 Mitgliedern besteht und von den beiden Co-Vorsitzenden Kuèma und Moroz geleitet wird, ihre Arbeit aufgenommen.

Der Kommission gehören viele prominente Politiker an: der Präsidentenberater und Liberale V.Hrin'jov, der Leiter der kommunistischen Fraktion im Parlament P. Simonenko, der URP-Vorsitzende und Leiter der Legislative in L'viv M.Horin', der Parlamentsabgeordnete von RUCH I. Zajec', S. Holovatyj von der Abgeordnetengruppe "Reformen", V. Marèenko von der sozialistischen Fraktion, O. Karpov von der Interregionalen Deputiertengruppe und der Leiter der Präsidentenadministration D. Tabaènik. Die Autonome Republik Krim ist mit V. Terechov aus dem Krim-Parlament vertreten.

8. Die Staatsmacht und die politischen Parteien

Typisch für die partei-politische Situation in der Ukraine ist, daß es keine Partei gibt, die allein oder in Koalition mit den anderen Parteien die Regierungsverantwortung übernehmen könnte. Das zeugt von der Unreife des politischen Systems: einer politischen Partei anzugehören, kann ein Hindernis für die Bekleidung eines Staatsamtes sein. Im Gegenteil: keiner Partei zuzugehören, erhöht die

Chancen eines Politikers. Der Präsident der Ukraine L. Kuèma ist parteilos, Premierminister V. Masol ist ebenfalls parteilos und sogar der Parlamentsvorsitzende, der Sozialist O. Moroz, distanziert sich immer wieder im Parlament von seiner Partei und bemüht sich, neutral zu handeln. Es gibt keine klare Gegenüberstellung im Machtsystem (Regierungs-/Oppositionspartei), und die Parteien, die im Parlament die Regierungspolitik unterstützen, sind in der Regierung nicht vertreten. Im Parlament spielen die Deputiertengruppen, die vornehmlich aus parteilosen Abgeordneten bestehen, eine größere Rolle als die Parteien. Es gibt noch kein Gesetz über die Parteien, das die Rahmenbedingungen für deren Tätigkeit schafft und das Verhältnis zwischen Parteien und Staat regelt. Der Entwurf dieses Gesetzes, das vom Justizministerium der Ukraine vorbereitet wird, sieht unter anderem eine Mindestmitgliederzahl, eine Liste der Parteimitglieder mit Namen, Adressen usw. vor. Diese Vorschläge werden von den kleineren Parteien als "undemokratisch" bezeichnet, weil sie deren Existenz bedrohen. Als Rechtsgrundlage für die Existenz der Parteien dient bis jetzt das Gesetz "Über Bürgervereinigungen" vom 16. Juni 1992, das keinen Unterschied zwischen politischen Parteien und anderen nichtpolitischen Organisationen und Interessenvereinigungen macht.

9. Die Parteien und die Gewerkschaften in der Ukraine

Die Beziehungen zwischen den Parteien und den Gewerkschaften sind sehr schwach ausgeprägt. Selbst die Parteien sozialdemokratischer Orientierung pflegen kaum Kontakte zu den Gewerkschaften. Anfang Dezember 1994 protestierten in Kiev die Lehrer und Kindergartenerzieher gegen die Mittelkürzungen im Bildungswesen. Die Lehrgewerkschaft fordert von der Regierung staatliche Garantien für die Erhaltung des Schulwesens. Die Arbeiter aus vielen Betrieben in Kiev unterstützten diese Forderungen.

Viel erbitterter und entschlossener kämpfen die Kumpel aus Krivbass für ihre soziale Sicherheit. Die Bergarbeiterbewegung in der Ukraine hatte schon zu Sowjetzeiten eine große Tradition und war sehr gut organisiert. Vor der Perestrojka befanden sich die Kumpel in einer privilegierten Lage, besonders im Hinblick auf Löhne und die Lebensmittelversorgung. Die Kommunisten haben sich immer bemüht, von den Bergarbeitern unterstützt zu werden. 1989 erkämpften die Kumpel im Donbass und Krivbass und ihre rußländischen Kollegen im Kusbass und Vorkuta wirtschaftliche Zugeständnisse von Moskau. In der unabhängigen Ukraine waren es die Bergarbeiter, die durch Massenstreiks im Herbst 1993 die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen erzwangen. Im Herbst 1994 stellten die Bergarbeiter an den neuen Präsidenten noch keine politischen Forderungen. 22 Bergleute aus mehreren Gruben traten am 14. November lediglich mit wirtschaftlichen Forderungen in den Hungerstreik, nachdem die Gewerkschaftskommission grobe finanzielle Machenschaften der Grubenadministration in Krivij Rih aufgedeckt hatte: Die Direktoren kauften private Sportflugzeuge, Luxuslimousinen und Yachten, während den Kumpeln monatelang kein Lohn gezahlt wurde. Die Vertreter der 15 Eisenerzgruben und des größten Kombinars für Eisenerzanreicherung in Krivij Rih fordern von der Regierung eine monatliche Lohnindexierung, die der Preissteigerung entspricht. Der Regierung ist es mit großen Anstrengungen und Zugeständnissen in letzter Minute gelungen, den für den 21. November 1994 geplanten gesamtukrainischen Streik der Bergarbeiter abzuwenden, zu dem die Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter (UGB) auf ihrem

Kongreß in Donec'k aufgerufen hatte. Die UGB setzte der Regierung eine Frist für die Erfüllung ihrer Versprechungen.

Im Oktober organisierte die Gewerkschaft der Lokführer und Transportarbeiter Protestaktionen gegen das von der Regierung vorbereitete Gesetz, das Streiks im Transportbereich verbietet. Sie forderten außerdem die Lohnindexierung und die Aufhebung der Rentenbegrenzung. Die Preisfreigabe ohne soziale Absicherungen hat Ende Oktober 1994 viele Menschen in Armut gestürzt.

Die Gewerkschaften der einzelnen Industriezweige setzen jetzt die Regierung mit Massenprotestaktionen unter Druck und fordern die Festsetzung eines realen Existenzminimums und eine Anpassung der Mindestlöhne an diese Grenze. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Misere und die ständige Verschlechterung der Lage werden auch in Zukunft zu Streiks und Protestaktionen führen, die den Kommunisten zugute kommen. Mitte Dezember 1994 fand in Kiev eine Tagung der Organisation der Werktätigen statt, die die neue Politik von Präsident Kuèma, die angeblich zur Kapitalisierung des Landes führt, scharf verurteilte. Die Vertreter der Arbeitskollektive aus zahlreichen Regionen der Ukraine beschuldigten Kuèma "volksfeindlicher Innenpolitik und Kriecherei vor dem westlichen Imperialismus". Die Tagung der Arbeitnehmerorganisation, an der die Kommunisten teilgenommen hatten, beschloß, Arbeiterkomitees in allen Betrieben zu bilden, die die Privatisierungsversuche der Administration unterbinden und für "Gerechtigkeit bei der Verteilung der materiellen Güter" sorgen sollen. In Zukunft soll eine neue politische Organisation gegründet werden, der Allukrainische Bund der Werktätigen, der die linke Opposition im Parlament unterstützen soll. Es bleibt abzuwarten, ob diese Beschlüsse leere Worte bleiben oder zu praktischen Aktionen führen werden. Letzteres könnte die innenpolitische Stabilität bedrohen. Aber solange die Regierung imstande ist, den wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden nachzugeben und das Existenzminimum zu erhalten, wird es nicht zu Unruhen und anderen politischen Komplikationen im Land kommen.

10. Fazit

Die Periode der politischen Romantik und die erste Unabhängigkeitseuphorie sind in der Ukraine zu Ende. Unter den Bedingungen der katastrophalen Wirtschaftslage hat sich Politik- und Parteienverdrossenheit breitgemacht. Nach Angaben von SOCIS-GALLUP wollen 86,8% der Befragten keiner politischen Partei beitreten; nur 7,7% würden Parteimitglieder werden, davon würden 19,6% der KPU, 13% der DPU, 12% der RUCH und 5,4% der SPU beitreten.³⁹

Das politische System in der Ukraine befindet sich in einer Übergangsphase, die mit der Unabhängigkeit begann: vom sowjetischen Modell mit dem Machtmonopol einer Partei und von ihr abhängigen Räten (Sowjets) zum europäischen Modell mit einem Mehrparteiensystem und Gewaltenteilung. Parteienvielfalt gibt es in der Ukraine bereits seit drei Jahren. Im Superwahljahr 1994, in dem das neue Parlament und der Präsident gewählt wurden, stand die junge pluralistische Demokratie in der Ukraine auf dem Prüfstand. Im Unterschied zu vielen anderen GUS-Republiken und vor allem zu Rußland fand in der Ukraine der Machtwechsel friedlich und demokratisch statt.

³⁹ Kievskie vedomosti, 26.2.1994, S. 3.

Die Parteien spielen im politischen Leben der Ukraine eine untergeordnete Rolle. Die reale Macht haben der Präsident, seine Administration und die von ihm kontrollierte Regierung. Das Parlament ist die einzige Institution, in der sich die Parteien profilieren und ihren Einfluß geltend machen können. Ende 1994 hat der neue Präsident Kuèma mit der Umgestaltung des Verhältnisses Exekutive-Legislative begonnen. Um ernsthafte wirtschaftliche Strukturreformen durchzuführen, muß Kuèma zunächst die alten Machtstrukturen reformieren. Im Klartext heißt das: Er muß das Parlament entmachten. Dabei ist Kuèma auf die politischen Parteien im Parlament angewiesen. Die Verfassungsreform ist nur mit Zustimmung der wichtigsten Fraktionen im Parlament - Kommunisten und Sozialisten - möglich. Diese Fraktionen, die zusammen über ein Drittel der Stimmen im Parlament verfügen, können jeden Beschluß blockieren, der eine Zweidrittelmehrheit braucht. Durch knappe Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind die Parteien vorübergehend imstande, den Prozeß der Reformierung des politischen Systems in der Ukraine wesentlich zu erschweren. Die Parteien, die im Parlament vertreten sind, spielen deshalb bei der Herausbildung neuer politischer Strukturen eine entscheidene Rolle. Mit der Umwandlung des allmächtigen Obersten Sowjet (Verchovna Rada) in ein normales gesetzgebendes Parlament und dem Ende der Übergangsphase zur Präsidialrepublik in der Ukraine wird die Rolle der Legislative schrumpfen. Die Ironie der Geschichte besteht darin, daß die Parteien selbst mit eigenen Händen ihre Vollmachten beschneiden werden.

Zusammensetzung der ukrainischen Verchovna Rada
(Stand Januar 1995)

<i>Name von Fraktion/Deputiertengruppe</i>	<i>Anzahl der Mandate</i>
<i>LINKE:</i>	<i>158</i>
KPU	91
SPU	31
Agrarier	36
<i>ZENTRISTEN:</i>	<i>139</i>
Zentrum	38
Reformen	31
Einheit	37
Interregionale Deputiertengruppe	33
<i>NATIONAL-DEMOKRATEN:</i>	<i>65</i>
Ruch	27

Staatlichkeit	38
<i>UNABHÄNGIGE:</i>	43
<i>Insgesamt</i>	405
<i>Name der Parteien</i>	<i>Anzahl der Mandate</i>
<i>DIE LINKEN:</i>	124
KPU	90
SPU	15
BPU	19
<i>DAS ZENTRUM:</i>	14
PdA	5
PDWU	5
SDPU	2

BKU	2
<i>DIE NATIONAL-DEMOKRATEN:</i>	38
Ruch	20
URP	11
DPU	2
CDPU	5
<i>DIE RECHTEN:</i>	10
KUN	5
UKRP	2
UNA-UNSO	3
<i>PARTEILOSE:</i>	219
<i>Insgesamt</i>	405

Alexander Ott

Political Parties in the Ukraine

Bericht des BIOst Nr. 13/1995

Summary

Introductory Remarks

The political changes taking place in the Ukraine contrast sharply with the country's economic development. The state powers have had no time to carry through the necessary economic reforms. 1994 was a super-election year in the Ukraine, with parliamentary by-elections that stretched from March to December and presidential elections in June and July as the political climax to the year. For the first time in the history of independent Ukraine, political parties took part in these elections. The previous parliament - Verkhovna Rada - had been elected in March 1990, in Soviet times, before the multi-party system had come into being. After a long warm-up phase, the second President of the independent Ukraine, Leonid Kuchma, has announced a broad-based offensive in favour of economic and political reforms. In order to carry through his reconstruction of the economy and the proclaimed radical reforms, Kuchma is attempting to wrest an extension of his powers as President from parliament.

Findings

- 1. The multi-party system in the Ukraine evolved in three phases. The first phase - from the mid-sixties to 1989 - was marked by the illegal activities of the Ukrainian Helsinki group and other human rights organizations, on the one hand, and the unbridled rule of a single party - the Communist Party -, on the other. The second phase (1989-1991) saw the emergence of the People's Movement for Perestroika (RUKH), the Ukrainian Republican Party, the Democratic Party of the Ukraine, and the Green Party, and eventually the prohibition of the CPU/CPSU. The third phase commences with the Ukraine's achievement of independence in December 1991.*
- 2. At the 1994 parliamentary elections, the parties proved unable to close the rift between the eastern and western parts of the country. Indeed, they were themselves just a reflection of this split: the strongholds of the leftist parties lay in the pro-Russian east and south of the country, those of the National Democrats and the right-wing parties were in the nationalist-minded west and in Central Ukraine.*
- 3. Within the Ukrainian Parliament an anti-leftist democratic majority gradually formed, made up of the RUKH parliamentary group and the "Reform", "Centre", "Unity", "Statehood", and Interregional Deputies groups. It has about 200 seats. The leftist coalition, consisting of the communist and socialist parliamentary groups and the Deputies*

Group of the "Agrarians", can reckon with about 160 seats in the parliament.

- 4. All political parties of pan-Ukraine importance recognize the country's independence as a sovereign state; on this fundamental issue there is consensus. Differences of opinion are evident on two other issues: on relations with Russia and on how to implement market economy reforms. The leftist and centrist parties advocate an improvement in relations with Russia and with the other countries of the CIS, an aim which is shared by the new Ukrainian President Leonid Kuchma. In his endeavours to this particular end he can count with their support, but not in the question of the country's transition to a market economy, which the left see as a national sell-out and as inevitably leading to the impoverishment of the people.*

The main concern of the National Democrats is security: they wish to continue the course of a cautious severance in foreign policy pursued by the former President Leonid Kravchuk and they think that the Ukraine should keep greater distance from Russia. At the same time they support Kuchma's plans for reform. The National Radicals and the Ultras see Russia as the Ukraine's enemy number one and welcome any opportunity for confrontation with the country's big neighbour. To them, the President, who is attempting to normalize relations, is "too pro-Russian". That made him a danger to the country's sovereignty. The National Radicals see Russia as the greatest threat to the Ukraine's independence. They pursue an anti-Russian policy line. They advocate a unitarian Ukraine with great military potential and strong armed forces. And their slogans in domestic policy are: de-colonialization and de-russification.

- 5. The period in which numerous new parties were founded is now being followed by a period of concentration and fragmentation of the existing political groups. Now that the common goal of independence has been achieved, many parties are today in search of a new profile and new allies, and they are changing their political programmes. The critical phase of the electoral campaign is over, and the transition to mundane political life is confronting some parties with existential problems. Not all have the same chance of survival, but the inevitable reduction in the number of political parties will help to stabilize the political system in the Ukraine.*